

Im Banne der »30 Kameraden«

Burmas Generäle legten den Grundstein ihrer Herrschaft bereits im antikolonialen Kampf gegen die Briten

Rainer Werning

»Seid freundlich zu Tieren, indem ihr sie nicht esst« zierte als Inschrift jahrelang ein nach jedem Monsun bleicher werdendes Hinweisschild nahe des Bahnhofsgebäudes von Mandalay, der zweitgrößten Stadt Burmas, einst die prunkvolle Residenz der Könige des Landes. Dass der Buddhismus auch das Töten von Kreaturen aus dem Tierreich untersagt, war den Burmesen, die mehrheitlich buddhistisch sind, seit jeher bekannt. Heute müssen die über 50 Millionen EinwohnerInnen des Landes erneut bitter feststellen, dass die seit 45 Jahren ununterbrochen herrschenden Militärs keinen Deut geneigt sind, es auch mit der Menschenliebe genau zu nehmen. Knapp 20 Jahre nach der ersten machtvollen Bewegung für Freiheit und Demokratie in dem einst wirtschaftlich florierenden südostasiatischen Land deutet vieles darauf hin, dass die amtierende Militärjunta unter General Than Shwe (74) auch diesmal unerbittlich alles niederkartätscht, was ihre Despotie in Frage stellt. Bedeutsame innen- wie außenpolitische Entwicklungen und Konstellationen – darunter Militarismus und die geostrategische Lage des Landes – können die Militärmachthaber nutzen, um sich missliebiger Widersacher zu entledigen und gesellschaftspolitische Alternativen zu vereiteln. Immerhin gibt es in Staat, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur keinen Bereich, in dem nicht die Tentakel des dominanten Militärs spürbar sind.

Pro-japanisches Paktieren

Nach drei anglo-burmesischen Kriegen im 19. Jahrhundert wurde Burma von Großbritannien annektiert und 1862 dem Vizekönig von Indien als Provinz Indiens unterstellt. Rasch entwickelte sich das

Land zu einem der wichtigsten Reisexporteure Asiens und erlangte auch aufgrund seiner Holz-, Kautschuk- und Erdölressourcen eine kolonialwirtschaftliche Bedeutung. Gegen die britische Vormacht formierten sich insbesondere in den 1930er Jahren Kräfte, die politische Unabhängigkeit und eine sozialistische Wirtschaftsordnung forderten. Wichtige Vertreter der Dobama Asiayone (»Wir-Burmesen-Vereinigung«) waren die in der Hauptstadt Rangun ausgebildeten Studenten U Nu und Aung San, der Vater der Friedensnobelpreisträgerin und Ikone der heutigen Demokratiebewegung, Aung San Suu Kyi. Mit dem Eigennamen »Thakin« (»Herr« oder »Meister«) drückten sie die angestrebte Gleichstellung mit den Europäern aus, die mit »Thakin« angedredet wurden.

Bereits vor der japanischen Invasion in Südostasien hatten sich »Thakin«-Führer, darunter auch Aung San, bereit erklärt, eine bewaffnete Armee unter der Ägide des japanischen Kaiserreiches aufzustellen – gemäß der Devise: Der Feind meines Feindes (in diesem Fall Großbritannien) ist mein Freund. Das militaristische Japan drapierte seine eigenen hegemonialen Ziele in Asien und im Pazifik mit dem Konzept der »Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre«. Es sah sich als »Licht und Beschützer Asiens« im Kampf gegen westlichen Kolonialismus und Imperialismus. Die Gruppe der anfänglich 30 »Thakin«-Führer bezeichnete sich auch als »30 Kameraden« und bildete – eine Zeitlang geschult auf der japanisch okkupierten chinesischen Insel Hainan – unter Aufsicht japanischer Verbindungs-offiziere den Kern der Burma Independence Army (BIA). Als Tokio im August 1943 ein Vasallenregime in Burma installierte, war Aung San im Rang eines japanischen Generalmajors Kommandeur der Burma Defence Army, der BIA-Nachfolgeorganisation. Er übernahm das Verteidigungsressort und wurde Oberbefehlshaber dieser pro-japanischen Regierung. Wie Sukarno, der spätere Gründungsvater Indonesiens, zählte Aung San anfänglich zu den glühendsten Bewunderern Japans in Südostasien. So wie Japan die Region nach seinem Ebenbilde umgestalten und deren Bevölkerungs-

Der Autor, Politikwissenschaftler und Publizist, arbeitet seit 1970 schwerpunktmäßig zu Südost- und Ostasien. Burma hat er seit 1969 mehrfach bereist.



Ein Mönch flieht bei den aktuellen Protesten vor den Sicherheitskräften.

Quelle: reuters

gen in gefügige Untertanen verwandeln wollte, avisierten Aung San und Sukarno einen rigiden Zentralstaat. Dieser sollte nach außen unabhängig und im Innern stabil sein. Zentrifugale Tendenzen galten als staatsgefährdend. Eine verhängnisvolle Weichenstellung, zumal in Vielvölkerstaaten wie Burma und Indonesien, wo jeweils die Burmanisierung beziehungsweise Javanisierung als *raison d'être* postkolonialen Nationalismus begriffen und militärisch exekutiert wurde.

Erst als der menschenverachtende Kurs des japanischen Militarismus im Laufe des Krieges immer offensichtlicher wurde, beteiligte sich Aung San im Sommer 1944 am Aufbau der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga (AFPFL), die mit den Anfang 1945 vorrückenden britischen Truppen sympathisierte. Schließlich konnte Aung San im Januar 1947 in London mit Premier Clement Attlee ein Abkommen über die formelle Unabhängigkeit Burmas am 4. Januar 1948 unterzeichnen. Aung San war als dessen erster Premier auserkoren. Doch diese Position fiel seinem Mitstreiter U Nu zu, weil Aung San am 19. Juli 1947 im Auftrag eines politischen Widersachers während einer Kabinettsitzung mit weiteren Ministern erschossen wurde.

Militarismus als Staatstugend

Landesweite Revolten, das Erstarken der Kommunistischen Partei Burmas (CPB) und Aufstände seitens ethnischer Minderheiten wie der Shan, Kachin, Mon und Karen veranlassten einen der »30 Kameraden« zum Militärputsch. Generalleutnant Shu Maung, der sich seit den Hainaner Tagen den *nom de guerre* Bo Ne Win (»Befehlshaber Strahlende Sonne«) zugelegt hatte, schuf ein eisernes Militärre-

gime, dem er unangefochten von März 1962 bis zum Sommer 1988 als Chef der Streitkräfte (Tatmadaw), Vorsitzender des Revolutionsrates, Premierminister der Revolutionsregierung und später als Präsident der Sozialistischen Republik der Union von Burma vorstand. Gleichzeitig gründete er als neue Staatspartei die Burma Sozialistische Programmpartei (BSPP), die er ebenfalls 26 Jahre lang führte. Doch diese Partei und der Kurs Ne Wins waren faschistoid und ausländergeföndlich. Nur was unmittelbar dem Militär und Staatserhalt diene, war akzeptiert. Bis zu Beginn der 1970er Jahre konnten AusländerInnen das Land mit einem 24-, dann 72-Stundenvisum besuchen.

Die ersten Opfer dieser drakonischen Politik waren die StudentInnen. In der Hauptstadt Rangun ließen Gefolgsleute des neuen Machthabers im Sommer 1962 sogar das Gebäude der historischen Rangoon University Student Union (RUSU) sprengen. Landesweit blieben Hochschulen geschlossen, so dass sich Tausende Studierende im Hinterland Guerillaeinheiten anschlossen oder im Ausland, vorzugsweise im benachbarten Thailand, Asyl suchten. Gegen verschiedene Guerillaeinheiten ging das Militär mit äußerster Brutalität vor; BewohnerInnen ganzer Dörfer, selbst Kinder, wurden zwangsweise als Helfer in die Kriegführung eingebunden. Wie in keinem anderen südostasiatischen Land entstand ein allgegenwärtiges, höchst effizientes Blockwartssystem, in das selbst buddhistische Bonzen integriert wurden. Informanten und Spitzel hätschelte das System ebenso wie bereitwillige Investoren, wenn diese sich nur verpflichteten, Mitglieder der Junta ausreichend zu schmieren. Während diese in Saus und Braus lebten, sich regelmäßig in Singapur medizinischen Checks unterzogen und ihrer engsten Klientel lukrative Geschäfte zuschanzten, lebte das

Gros der Bevölkerung an oder unterhalb der Schwelle des Existenzminimums.

1988 schien sich das Blatt zu wenden, als Proteste und Demonstrationen gegen das Regime lautstark in der Metropole Rangun zu vernehmen waren. Zwar waren die Tage Ne Wins gezählt, nicht aber die des Militärs. »Um die Auflösung der Union zu verhindern«, so der neue starke Mann, General Saw Maung, werde ein Staatsrat zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung (SLORC) die Geschicke des Landes lenken, das seit 1989 Myanmar heißt. Aus kosmetischen Gründen wurde der SLORC Ende 1997 in Staatsrat für Frieden und Entwicklung (SPDC) umbenannt, den der ehemalige Postbedienstete und heutige starke Mann Than Shwe führt, nachdem er zwischenzeitlich Rivalen wie Khin Nyunt ausgeschaltet hatte. Auch das ist eine Konstante innerhalb des burmesischen Militärs, Gefolgsleute von einst beiseite zu schieben, sobald diese Anzeichen von »Schwäche« und Dialogbereitschaft mit dem »Gegner« signalisieren.

»Heimstatt der Könige«

Than Shwe, um den sich allerlei Gerüchte ranken, arbeitete sich nachweislich als Experte psychologischer Kriegführung und als Leiter von »Aufstandsbekämpfungs«-Operationen im Osten des Landes an die Spitze der Militärhierarchie. Auf ihn ging auch die Anregung zurück, die Hauptstadt von Rangun (heute Yangon) seit dem 27. März 2006 (dem Tag der Streitkräfte) ins etwa 400 Kilometer weiter nördlich gelegene Naypyidaw zu verlegen. Naypyidaw heißt »Heimstatt der Könige« oder »Königliche Residenz« und knüpft an die Tradition burmesischer Herrscher an, ihre Hauptstadt mitunter selbst zu verlegen. Der Grund zur hastig vollzogenen Übersiedlung in diese mit Golfplätzen ausgestattete Retortenstadt – ? Die Junta schottet sich in unwirtlichem Terrain vom Volk ab, misstraut dem Moloch Rangun mit seinen überbordenden sozialen Problemen, fürchtet diese Hafenstadt als möglichen Dreh- und Angelpunkt eines Irak ähnlichen Regimewechsels und sieht sich näher dem großen politischen Verbündeten und potentesten Wirtschaftspartner, der Volksrepublik China, die bereits der größte Abnehmer seiner Gas- und Ölvorkommen ist. Analysten in der Region gehen davon aus, dass sich bald der Norden Burmas als bedeutsames Investitionsgebiet Chinas empfehlen wird, um von dort sowie von der Hafenstadt Rangun aus seine Exporte nach Südasiens, in den Nahen und Mittleren Osten sowie nach Europa drastisch zu erhöhen.

Doch Burmas Gas- und Ölvorkommen wecken gleichermaßen Begierden in Ost wie West. Die engagierte Burma-Kampagne in London (www.burma-campaign.org.uk/dirty-list/dirty-list.html) führt auf

der von ihr erstellten »Schmutzliste« gegenwärtig über 100 weltweit agierende Firmen mit Rang und Namen auf, die beharrlich mit der Junta kooperieren. Dazu zählen beispielsweise solche westlichen Firmen wie Chevron/Texaco (USA), Alcatel und Total Oil Company (F), Rolls-Royce (GB) und aus Deutschland Siemens, Hapag-Lloyd sowie den Logistikbetrieb Schenker. Allein die ehemalige Kolonialmacht Britannien vervierfachte unter der Labour-Regierung von Tony Blair ihre Importe aus Burma – von 17,3 Millionen Pfund (24,6 Millionen Euro) im Jahre 1998 auf über 74 Millionen Pfund 2004 (104,5 Millionen Euro). Zwischen 1998 und 2002, in der Hochphase der militärischen Unterdrückung der Opposition, betrug die Wareneinfuhr aus Burma in die EU umgerechnet vier Milliarden US-Dollar.

Ebenso wenig wie sich Zahnpasta zurück in die Tube pressen lässt, ist der Einfluss des Militärs im Lande kurzfristig einzudämmen. Burma rangiert heute auf Platz zehn der weltweiten Liste des Militärs mit zirka 490.000 Mann unter Waffen (www.globalsecurity.org/military/world/active-force.htm) und wird mit Hilfe der 1967 in Thailands Hauptstadt Bangkok gegründeten (damals strikt antikommunistisch ausgerichteten) Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN), deren Mitglied es seit genau einem Jahrzehnt ist, sowie als verlässlichster anti-US-amerikanischer Verbündeter Chinas in der Region alles unternehmen, um dem internationalen Big Business seine Pforten weiter zu öffnen. Als Auslöser für die jüngsten landesweiten Proteste und Demonstrationen wurden drastische Preissteigerungen für Benzin und Lebensmittel verantwortlich gemacht. Doch gleichzeitig wurde alles getan, um den reibungslosen Zufluss von Öl- und Gaslieferungen in Chinas südliche Provinz Yunnan zu garantieren.